



Die Stadt Göppingen wird sich eine neue Lösung für die Parkplatzprobleme an der Stadthalle überlegen müssen: Der Gemeinderat entschied mit großer Mehrheit, die Pläne des Eigentümers des Grundstücks Blumenstraße 34-36 (rechts) für ein Therapiezentrum nicht länger zu blockieren. Foto: Giacinto Carlucci

# Ein langer Streit ist beendet

Thomas Hummel hat gestern einen positiven Bauvorbescheid erhalten

**Der Streit um das Grundstück an der Göppinger Stadthalle ist beendet: Thomas Hummel hat gestern einen positiven Bauvorbescheid erhalten. Im Gemeinderat war es am Donnerstag noch mal hoch her gegangen.**

HELGE THIELE

**Göppingen.** Der Göppinger Gemeinderat hat am Donnerstagabend nach einer hitzigen Debatte die Empfehlung von OB Guido Till angenommen, auf eine Veränderungssperre für das Areal Blumenstraße 34-36 zu verzichten. Gestern erhielt der Grundstückseigentümer Thomas Hummel – vorab per Fax – einen positiven Bauvorbescheid. Der bekannte Physiotherapeut, der das Gelände im Juli erworben hatte, möchte gegenüber der Stadthalle ein Therapiezentrum bauen.

Die Stadt gibt das Grundstück damit auf. Till hatte in der Sitzung, die von zahlreichen Bürgern verfolgt wurde, für den Verzicht auf eine Veränderungssperre geworben, „damit wieder Frieden einkehrt in der Stadt“. Die öffentliche Auseinandersetzung habe dazu geführt, dass in der Bevölkerung eine Verunsicherung entstanden sei. Die Bürger müssten und könnten sich jedoch sicher sein, „dass die Stadt für sie berechenbar und verlässlich bleibt“.

Monatlang hatte das Ringen um das Areal die Kommunalpolitik beherrscht und für massive atmosphärische Störungen gesorgt. Auch die

Stadt wollte das Grundstück an der Stadthalle kaufen – um dort Parkplätze zu schaffen. Ein Vorkaufrecht hatte sie sich jedoch nie gesichert. Die private Besitzerin entschloss sich schließlich, nicht an die Stadt, sondern an Hummel zu verkaufen. Im September schlug OB Till dem Gemeinderat vor, für das Gelände eine Veränderungssperre zu beschließen. Doch der Gemeinderat forderte Till auf, mit Hummel über einen Grundstückstausch zu verhandeln. Zu einer Einigung kam es dabei aber nicht.

Am Donnerstag kochten die Emotionen hoch. Till betonte: „Entgegen der öffentlichen Darstellung

## *Emotionaler Schlagabtausch im Gemeinderat*

hat die Stadt nicht geschluppt.“ Die Parkierungsflächen seien für die Stadt notwendig, dennoch wolle man das Thema jetzt beenden.

Mehrere Stadträte übten jedoch Kritik an Till und der Verwaltung – vor allem, was deren Umgang mit Hummel angeht. „Politik lebt von Vertrauen. Wer was wem wann versprochen hat, lässt sich im Nachhinein nur schwer feststellen. Aber eine Stadt darf einem privaten Käufer eines Grundstücks keine Knüppel zwischen die Beine werfen“, meinte SPD-Fraktionschef Armin Roos. Die Verwaltung habe keine klare Linie gehabt. Der Gemeinderat dürfe aber nicht „als Instrument

verwendet werden, um Fehler der Verwaltung zu korrigieren“.

Allerdings hatte der Gemeinderat selbst darauf gedrängt, erneut über eine Sperre zu beraten, nachdem sich in den Fraktionen – kurzzeitig – die Ansicht durchgesetzt hatte, das Gelände dürfe nicht kampfflos abgegeben werden. Doch viele Bürger reagierten empört – der Druck auf die Stadträte wurde immer größer.

CDU-Fraktionschef Felix Gerber sah jetzt Fehler „bei allen Beteiligten“ und forderte, „das Zeitalter der Ungeschicklichkeiten zu beenden“. Emil Frick (Bürgerallianz) schlug ein „Joint Venture“ zwischen der Stadt und Hummel vor. Über diesen Vorstoß wurde aber nicht mehr abgestimmt. Frick votierte am Ende mit fünf anderen Stadträten für eine Veränderungssperre. Zwei Stadträte enthielten sich. Die große Mehrheit lehnte es dagegen ab, Hummels Pläne zu blockieren.

Für Kopfschütteln und manch betretene Miene im Saal sorgte der Redebeitrag von Wolfram Feifel (Freie Wähler/VUB). Feifel mutmaßte, es habe eine gemeinsame Kampagne von Hummel und der Presse gegeben, und spekulierte über persönliche Beziehungen. Feifels Auftritt kam im Gemeinderat nicht gut an.

Die Medien hatten ausführlich über den Baurechtsstreit berichtet und dabei sowohl Befürworter, als auch Gegner einer Veränderungssperre zu Wort kommen lassen. Das Hin und Her in den Fraktionen, das von vielen kritisierte Verhalten der Verwaltung – Vorbereitung einer Veränderungssperre auf der einen,

Tills Zusagen, Hummel dürfe bauen, auf der anderen Seite – waren ebenso Thema. Die „Stuttgarter Zeitung“ hatte der Stadt bereits am 17. September vorgeworfen: „Hier wurde stümperhaft gearbeitet.“

Grünen-Fraktionssprecher Christoph Weber meinte: „Wenn man merkt, dass man auf dem Holzweg ist, muss man anhalten.“ Christian Stähle (Linke) warf dem OB vor, „in einer Chefsache versagt“ zu haben. Er wurde aber von Jürgen Schaile (FDP/FW) unter Beifall dazu aufgefordert, „diese Veranstaltung nicht zu einem Tribunal gegen den Oberbürgermeister zu benutzen“.

Schailles Fraktionskollege Horst Wohlfart meinte, womöglich habe die Stadt der Verkäuferin des Grundstücks in den Verhandlungen zu viel Vertrauen entgegen gebracht. Allerdings hatte diese sich auch über Stil und Ton der Verwaltung beschwert.

Beinahe wäre der Baurechtsstreit ein Thema für die Landespolitik geworden. Gestern meldete sich der Landtagsabgeordnete Karl Zimmermann bei der NWZ. Der Kirchheimer CDU-Politiker ist Berichterstatter im Petitionsausschuss, an den sich Hummel gewandt hatte. Zimmermann sagte, für ihn habe es sich um ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche Petition gehandelt – und um „eine Schande für eine öffentliche Verwaltung“. Die Heftigkeit seiner Kritik überraschte. Gestern bemühte sich Zimmermann darum, die Referentin im zuständigen Ministerium in Stuttgart zu erreichen, um die Petition zu stoppen, nachdem die Sperre nun abgewendet ist.